

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Berlin braucht einen sicheren ÖPNV für alle: Frauenabteile in der U- und S-Bahn einrichten!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG), der S-Bahn Berlin und dem VBB Frauenabteile in möglichst allen Berliner U- und S-Bahnen einzurichten. Hierzu soll gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen ein Konzept erarbeitet werden, das speziell geschützte Bereiche für Frauen bereithält. Zusätzlich sollen in allen Zügen Notrufknöpfe installiert bzw. besser kenntlich gemacht werden, um die Sicherheit im ÖPNV insgesamt zu erhöhen. Außerdem soll eine Hotline für die Meldung von Übergriffen eingerichtet werden, die Betroffenen schnell und unbürokratisch hilft oder gegebenenfalls an Hilfsstrukturen weitervermittelt. Die Umsetzung dieser Maßnahmen soll wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zum 31. Oktober 2025 und danach jährlich zu berichten.

Begründung

Nur ein sicherer ÖPNV wird gerne und von allen genutzt. Indem wir die Sicherheit von Frauen und besonders gefährdeten Gruppen wie inter, nicht-binäre, trans und agender Personen (FINTA) stärker in den Fokus nehmen, stoßen wir Veränderungen an, die langfristig die Sicherheit aller Fahrgäste verbessern. Das Ziel dieser und weiterer notwendiger Maßnahmen ist ein ÖPNV, in dem sich alle sicher fühlen, Diskriminierung keinen Platz hat und gegenseitige Rücksichtnahme und ein solidarisches Miteinander gelebt werden. Dies wird schlussendlich allen Berliner*innen sowie den Gästen in unserer Stadt zugutekommen, denn die Zufriedenheit von Fahrgästen des ÖPNV wird maßgeblich durch die dort

wahrgenommene Sicherheit beeinflusst. Daher sollte mittelfristig eine Ausweitung auf andere Verkehrsmittel der Berliner Verkehrsbetriebe geprüft werden.

Ein sicheres und leistungsfähiges Nahverkehrsangebot ist das Rückgrat für eine funktionierende Stadt. Gerade in Berlin besitzen 2,5 Millionen Menschen kein eigenes Auto und sind daher auf ein zuverlässiges Angebot von Bus und Bahn angewiesen. Insbesondere für sie bedeutet ein guter Nahverkehr die Möglichkeit, am sozialen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und damit mehr Freiheit und Selbstbestimmung.

Das BVG-Netz ist zudem systemrelevant. So sorgt die BVG dafür, dass jedes Jahr über eine Milliarde Fahrgäste an ihr Ziel kommen, ob zur Schule, zur Arbeit, zum Einkaufen oder zum Brandenburger Tor. Der ÖPNV ermöglicht Mobilität für alle Menschen – Junge und Alte, mobilitätseingeschränkte Menschen und Familien, Alleinreisende, Frühaufsteher*innen und Nachtschwärmer*innen – egal ob um sieben Uhr morgens oder um zwei Uhr nachts.

Der ÖPNV ist damit jedoch auch ein Teil des öffentlichen Raums und als solcher insofern besonders, als dort viele Menschen in engen und geschlossenen Räumen aufeinandertreffen. Umso wichtiger ist es, dass alle Berliner*innen in Bus, Bahn und Tram sicher unterwegs sein können.

Leider ist dies aktuell noch nicht der Fall und speziell im Bereich der Sexualdelikte ist die Situation untragbar. Die BVG-Sicherheitsstatistik verzeichnet im Jahr 2024 insgesamt 12.769 Straftaten, davon 259 Sexualdelikte. Während die Opfer von sexualisierter Gewalt hierbei zu über 90% Frauen sind, sind die Täter von sexualisierter Gewalt zu 99% Männer.

Neben strafbaren Delikten wird das Wohlbefinden vieler Frauen insbesondere durch weniger eindeutige Grenzverletzungen eingeschränkt. Dazu zählen beispielsweise intensives Anstarren, Beleidigen, Festhalten oder Nachgehen. Diese Verhaltensweisen kommen noch ungleich häufiger vor und lösen ein ernstzunehmendes Gefühl der Bedrohung oder Verunsicherung aus. Auch wenn die Dunkelziffer in diesen Bereichen besonders hoch ist, wissen wir: Von sexueller Belästigung bis hin zu Übergriffen sind Frauen besonders betroffen. Viele fühlen sich im öffentlichen Nahverkehr unsicherer als Männer, manche meiden den ÖPNV sogar vollständig.

Deshalb sind gezielte Maßnahmen nötig, um die objektive Sicherheit, aber auch das Sicherheitsgefühl von Frauen im ÖPNV zu stärken. Denn Frauen haben ein Recht auf körperliche Unversehrtheit, sie haben das Recht, sich jederzeit frei von Belästigung und Gewalt durch die Stadt zu bewegen und sie haben den selbstverständlichen Anspruch, sich darum keine Sorgen machen zu müssen – ganz egal, ob auf dem Weg zur Frühschicht, mittags ins Amt oder spätnachts vom Club nach Hause.

Wie die Erfahrungen in Städten wie Tokio zeigen, bieten Frauenabteile eine wirksame und vergleichsweise kosteneffiziente Möglichkeit, gezielt Schutzräume zu schaffen, um das Risiko für sexuelle Belästigung und sexualisierte Gewalt zu senken. Gemeint sind damit Bereiche, die ausschließlich für Personen mit nachweislich erhöhtem Gefährdungspotential, also Frauen, inter, nicht-binäre, trans und agender-Personen, nicht jedoch für cis-Männer, zugänglich sind. Außerdem zugelassen werden sollen Kinder im Grundschulalter, die elterlicher Begleitung bedürfen, sowie Rollstuhlfahrer*innen und Personen mit Gehbehinderung, um die Zugänglichkeit der U- und S-Bahn nicht weiter zu erschweren.

Solche gesonderten Angebote von Safe Spaces für Frauen sind als Übergangslösung zu betrachten, solange die Sicherheit für Frauen im öffentlichen Raum nicht ausreichend gegeben ist. Selbstverständlich gilt es, weiterhin Konzepte umzusetzen, die Gewalt und

Übergriffe gegen Frauen verhindern. Auch sind die Abteile ein zusätzliches Angebot und die Inanspruchnahme ist freiwillig. Selbstverständlich steht es jeder Frau weiterhin frei, in den anderen Abteilen mitzufahren.

Auch sollten Notruftknöpfe in allen Verkehrsmitteln und Waggons eingeführt und dort, wo bereits vorhanden, besser sichtbar gemacht werden, da diese in der akuten Notsituation der erste Anlaufpunkt für Hilfeleistungen sind. Sollte es trotz allem zu Grenzüberschreitungen oder Vorfällen sexualisierter Gewalt kommen, sollen den Betroffenen mittels einer hierfür eingerichteten Hotline nicht nur Hilfsangebote unterbreitet werden, sondern auch die ggf. vorhandenen Videodaten rechtzeitig gesichert werden. Dies ist für die Strafverfolgung, aber auch die Opferbetreuung essentiell.

Auch bei Fahrten mit Taxis und Fahrdienstleistungen wie Uber wurde die besondere Gefahrensituation von Frauen erkannt. Anders als beim ÖPNV wurden hier bereits frauenspezifische Angebote geschaffen. Mit G-Cars, bei denen Frauen Frauen fahren, wurde ein Angebot etabliert, um Sicherheit und Mobilität von Frauen zu erhöhen. BVG und S-Bahn sollten hier mit entsprechenden Maßnahmen nachziehen.

Berlin, den 17. Juni 2025

Jarasch Graf Kapek
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen